

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

sehr geehrte Damen und Herren,

mit der Einbringung des Entwurfs für den Haushalt 2025 starten die ersten Haushaltsberatungen des am 9. Juni dieses Jahres neu gewählten Gemeinderats. Mit dem Haushaltsplan wird der Rahmen für die Vorhaben für das kommende Jahr abgesteckt, werden Spielräume definiert und die Grenzen des finanziell machbaren aufgezeigt. Denn auch wenn das Haushaltsrecht das „Königsrecht“ des Gemeinderats ist, so sind die Rahmenbedingungen, in denen dieses Recht ausgeübt werden darf, durch die einschlägigen Gesetze definiert und limitiert. Die sogenannte Doppik (Neues kommunales Haushaltsrecht / NHKR) schreibt uns zudem ein sogenanntes generationengerechtes Wirtschaften vor, lässt dabei aber die „versteckte Verschuldung“, also Investitionsrückstände in der Infrastruktur und dem Gebäudebestand, außer Acht. Dazu kommen die Dinge, die wir tun müssen, die uns also vorgeschrieben sind, wie die Kinderbetreuung oder die Feuerwehr. Andere Aufgaben haben wir uns selbst gegeben, zum Beispiel das Freibad oder den Bürgerbus. Die Pflichtaufgaben nehmen einen immer größeren Teil des Haushaltsvolumens in Anspruch, während es gerade die freiwilligen Aufgaben sind, die das Leben in einer Kommune ausmachen. Die Spielräume werden kleiner, die Aufgaben nicht und immer weniger davon lässt sich direkt von der kommunalen Ebene aus beeinflussen. In diesem Kontext muss auch dieser Haushaltsentwurf 2025 gelesen werden, den wir heute vorlegen. Er enthält viele Aufwendungen, die wir tätigen müssen. Leider konnten auf der anderen Seite einige Projekte, die wir gerne verwirklichen würden, nicht in die Planungen mit aufgenommen werden und müssen erneut zurückstehen.

Das Starkregen- und Hochwasserereignis vom 31. Mai bis zum 3. Juni 2024 hat unsere Stadt schwer getroffen. Noch immer sind die finanziellen Auswirkungen für die Stadt und viele der Betroffenen nicht absehbar. Das Ereignis beweist aber auch, dass es richtig war, 2019 als eine der ersten Kommunen ein Starkregenrisikomanagement zu beauftragen, dessen Ergebnisse im Frühjahr 2020 vorgestellt wurden. Dass die Verwaltung das Thema ernst nimmt zeigt auch die Tatsache, dass in den drei Jahren bis Sommer 2024 bereits über 4 Mio. Euro in das Starkregenrisikomanagement investiert wurden. Auch wenn es in Anbetracht der Schäden zu wenig erscheint, so war dies ein ungeheurer finanzieller und planerischer Kraftakt, den die Kommune hier vollbracht hat. Dass die Investitionen in die Prävention weiterhin einen hohen Stellenwert haben zeigt sich darin, dass von den insgesamt im Planentwurf für Tiefbauarbeiten eingestellten 2,7 Mio. Euro 1,2 Mio. Euro für den Hochwasserschutz vorgesehen sind. Weitere Mittel aus dem Unterhalt und dem Eigenbetrieb Abwasser kommen indirekt ebenfalls dem Hochwasserschutz zu gute.

Im kommenden Jahr feiern wir das 50. Jubiläum der Stadterhebung. 50 Jahre, in denen nach den Eingemeindungen Anfang der 1970er Jahre noch nicht alles zusammengewachsen ist, in denen sich aber allmählich ein Gemeinschaftsgefühl herausgebildet hat. 50 Jahre mit Höhen und Tiefen, die aber alle genutzt und gemeistert werden konnten. Und dies ist etwas, das unsere gesamte Stadt auszeichnet: zusammenzustehen, wenn es darauf ankommt, füreinander da zu sein. Das galt in der Vergangenheit und wird hoffentlich auch weiterhin Gültigkeit haben. Denn auch hier beginnen sich die Grundlagen und Werte zu verschieben. Persönliche Angriffe, verfälschende und verkürzende Rhetorik gepaart mit dem Unwillen, in die Tiefe der Themen vorzudringen, haben auch bei uns Einzug gehalten. Also neue Rahmenbedingungen, bei denen zuerst geschrien und dann – vielleicht – gedacht wird. Dies wird der guten Arbeit und den Erfolgen, die wir gemeinsam die letzten Jahre vor dem Hintergrund knapper Ressourcen für die Stadt erreicht haben, nicht gerecht und gefährdet nicht nur das Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch eine ausgewogene Stadtentwicklung und nicht zuletzt den erfolgreichen Konsolidierungskurs der letzten Jahre. Erfolgreich nicht nur, weil es gelungen ist, die Verschuldung in den letzten sechs Jahren kontinuierlich zurückzufahren. Erfolgreich auch, weil in den letzten Jahren seit sehr langer Zeit wieder in das Lebenserhaltungssystem unserer Kommune investiert wurde. Kanäle und Wasserleitungen wurden nun erstmalig in einem vorausschauenden Sanierungsprogramm erneuert. Gleichzeitig konnte einer ebenfalls jahrzehntealten Forderung vieler Bürgerinnen und Bürger nachgekommen werden: Die Größe der Kanäle an die neu entstandene Bebauung anzupassen, insbesondere in Roßwälden und der Gartenstraße. Keine Schaufensterpolitik, sondern solide Grundlagenarbeit, damit unsere Stadt auch in den nächsten Jahrzehnten gut dasteht und finanzielle Spielräume für Krisen und die Projekte hat, die leider in den letzten Jahren zurückstehen mussten. Dennoch konnte der Bau des Kinderhauses II mittlerweile fast fertiggestellt werden und das Freibad, dessen Erhalt noch 2018 massiv in Frage stand, ist zwischenzeitlich saniert und erfreut sich wieder großer Beliebtheit. Beide Projekte sind durchfinanziert und konnten, auch Dank der Unterstützung von Fördergeldern aus Bund und Land, ohne die Aufnahme neuer Schulden abgewickelt werden.

50 Jahre Stadt, 750 Jahre Roßwälden und 750 Jahre Sulpach werden 2025 gefeiert. Drei Jubiläen, die jeweils für sich die Geschichte der Stadt und ihrer Teile spiegeln. Für alle drei Jubiläen sind Mittel in den Haushalt eingestellt.

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) war der erste Ansatz, die Teile als Ganzes zu denken. Der Ergebnisbericht stellt die Ebersbach-Formel auf: Wohnen auf dem Land, Leben in der Stadt. Ergänzt wurde das ISEK durch die Dorfentwicklungskonzepte und den Masterplan Innenstadt. Viele Projekte und auch der Masterplan Innenstadt sind bereits umgesetzt, wenn auch teilweise mit wenig Resonanz. Auch der Standort des Kinderhaus II wurde im Rahmen des ISEK mit dem Bildungscampus Marktschule im Stadtlabor diskutiert und anschließend festgelegt.

Das Dorfentwicklungskonzept für Bünzwangen befindet sich aktuell in der Fortschreibung. Die Diskussion um die Aufstellung eines Bebauungsplans in Weiler hat gezeigt, dass auch das dortige Dorfentwicklungskonzept fortgeschrieben werden muss, um die notwendigen planerischen Festlegungen für den Dorffinnenbereich treffen zu können. Dem Ortschaftsrat ist zuzustimmen, wenn er die Fixierung der Ergebnisse in einem Bebauungsplan fordert, auch wenn dieser sicher nicht alle Erwartungen erfüllen kann. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind im Plan noch nicht enthalten, da die Mittelansätze vor der Behandlung des Themas in den Gremien finalisiert wurden. Sie sollen über die Änderungsliste eingebracht werden. Aktuell stehen auch Fördermittel des Landes für entsprechende Maßnahmen zur Verfügung. Nicht nur die Dorfentwicklungskonzepte, auch das Integrierte Stadtentwicklungskonzept wird fortgeschrieben. Beginnen werden wir damit bereits im nächsten Jahr. Da die finanziellen Aufwendungen im Wesentlichen erst 2026 anfallen werden, ist im vorgelegten Haushaltsentwurf dafür noch kein expliziter Mittelansatz enthalten. Wesentliche Grundlage für die Fortschreibung werden die dann fertiggestellten Studien zur Wärmeplanung und die Stadtklimaanalyse sein, dass die Folgen des Klimawandels für Ebersbach in den Blick nimmt und neben dem Starkregenrisikomanagement die wesentlichen Weichenstellungen für die weitere bauliche Entwicklung in unserer Stadt beeinflussen wird. Die Dorfentwicklungskonzepte werden ebenfalls in die Fortschreibung eingehen. Auch gilt es, die Formel „Wohnen auf dem Land – Leben in der Stadt“ zu füllen und die entsprechenden Schwerpunkte weiter auszudifferenzieren. Wichtig ist, dass hier der dörfliche Charakter der Stadtteile erhalten bleibt, in dem auch Landwirtschaft und Wertschöpfung ihren Platz haben, während in der Stadt kulturelle und Bildungsangebote im weitesten Sinne und Plätze zum Zusammenkommen und Ausgehen gestärkt werden. Hier rückt erneut die Entwicklung am hinteren Viehmarkt in den Fokus, dessen Finanzierung mittelfristig noch gesichert werden muss. Voraussetzung für diese Entwicklung ist allerdings die Umsetzung des Hochwasserschutzes an der Fils, ohne den eine Bebauung derzeit kaum möglich ist.

Aufgegriffen wird im neuen Jahr die bereits seit längerer Zeit vorgesehene Aufwertung des Bourg-lès-Valence Platzes. 200.000 Euro sind für neue Gestaltungselemente eingestellt. Durch das unter dem Platz liegende Regenrückhaltebecken werden sich die Maßnahmen im Wesentlichen auf die Randbereiche konzentrieren müssen, was den für die Größe des Platzes eher geringen Mittelansatz erklärt.

Wir sanieren unsere Brücken. Nachdem im laufenden Jahr die wichtigsten Arbeiten mit der Fußgängerbrücke Kirchheimer Straße und dem Neubau im Bachtal abgeschlossen werden konnten, stehen für kleinere Maßnahmen im kommenden Jahr 100.000 Euro bereit. Größere Maßnahmen stehen in den Folgejahren an, insbesondere im Zusammenhang mit der Ertüchtigung des Hochwasserschutzes an der Fils.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung musste vieles an Ausstattung und Einrichtung über die ursprünglich vorgesehene Nutzungsdauer hinaus eingesetzt werden. Das betraf auch die Parkanlagen, Spiel- und Sportplätze. Nachdem die dringlichsten Aufgaben an anderer Stelle nun abgearbeitet sind, werden für die Aufwertung des

Alleenparks 250.000 Euro in den Haushaltsplan eingestellt, die ersten Planungen dazu wurden bereits im Gemeinderat präsentiert. Vorgesehen ist zudem, unsere Spielplätze mit Spielgeräten so zu ergänzen, dass ein breiteres Altersspektrum angesprochen wird und die Plätze so für mehr Kinder interessant werden. Das zugehörige Konzept ist derzeit in Vorbereitung und wird in Kürze vorgestellt. Erste Maßnahmen sind z.B. am Spielplatz in der Jahnstraße und am Kümmelbach (Blumen-/Gartenfreunde) geplant. Dafür werden auch bislang nicht abgeflossene Mittel aus anderen Bereichen des Tiefbaus eingesetzt. Für die laufende Unterhaltung und Erneuerung der Spielplätze sind jährlich 40.000 Euro eingeplant. Komplett erneuert wird der Kunstrasenplatz in der Strut, der ebenfalls sehr in die Jahre gekommen ist. 250.000 Euro sind dafür im kommenden Jahr vorgesehen.

Länger als gedacht haben die Vorarbeiten zur Erschließung des ehemaligen Südradparkplatzes und weiterer Flächen in der Strut zur Nutzung als Gewerbegebiet gedauert. Die zusätzlichen Flächen sind wichtig zur Ansiedelung neuer Gewerbebetriebe und so für zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen und Arbeitsplätze. 2025 können die Arbeiten nun endlich beginnen, eine erste Tranche von 200.000 Euro sind dafür in den Haushalt eingestellt.

Im Raichberg Schulzentrum wurde in den vergangenen Sommerferien der erste Bauabschnitt des Einbaus der neuen Brandmeldeanlage mit Erneuerung der abgehängten Decken einschließlich der Beleuchtung abgeschlossen. Der zweite Bauabschnitt folgt im kommenden Jahr. Neben den dringenden technischen Erneuerungsarbeiten konnten so seit längerer Zeit auch wieder optische Fortschritte im Innenraum erzielt werden. Ebenfalls 2025 beginnt der Einstieg in die größeren Sanierungsmaßnahmen am Schulzentrum. Für die Neuanlage der Tartan-Sportflächen und weitere Arbeiten an den Außenanlagen werden zusammen 500.000 Euro bereitgestellt. Begonnen wird mit der Betonsanierung an der Raichberg-Sporthalle. Für diese sind 300.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Nach der Substanzerhaltung wird in den nächsten Jahren auch nach und nach der Innenbereich weiter erneuert und ertüchtigt werden. Aus Kostengründen werden die Sanierungen Schritt für Schritt und nicht in einer großen Maßnahme erfolgen. Für die Arbeiten am Schulzentrum sind für die nächsten Jahre ebenfalls 300.000 Euro pro Jahr in den Haushalt eingestellt.

Ab dem laufenden Schuljahr 2024/2025 hat das Land die Einrichtung von sogenannten Junior-Klassen verfügt. In diese Klassen werden die Kinder aufgenommen, die in der Vergangenheit zurückgestellt wurden. Dadurch werden die Kindergärten perspektivisch entlastet. Das Staatliche Schulamt Göppingen hat die Aufgabe zur Einrichtung der Juniorklassen an die Hardtschule Grundschule übertragen. Bereits jetzt ist absehbar, dass zusammen mit dem weiteren Aufwuchs der Vorbereitungsklassen und der Klassen am SBBZ weiterer Platzbedarf entsteht. Gleichzeitig wird derzeit verwaltungsintern der Raumbedarf für den Ausbau der Grundschulbetreuung ab 2026 ermittelt, der über die bereits jetzt für die Betreuung zur Verfügung stehenden Räume hinausgehen wird. Für den Ausbau der Raumkapazitäten der Grundschulbetreuung sind für den Haushalt 2025 1,1 Mio. Euro angemeldet, aber noch nicht mit einer konkreten Maßnahme hinterlegt.

Ebenfalls wird im kommenden Jahr zu prüfen sein, ob der zusätzliche Raumbedarf für Schule und Betreuung im Unterbau der Hardtschule gedeckt und wirtschaftlich umgesetzt werden kann.

Für die Schulen werden nichtinvestiv noch weitere Mittel zur Verfügung gestellt. Ein großer Posten wird im kommenden Jahr die Ersatzbeschaffung mehrerer Klassensätze Tablets und weiterer digitaler Ausstattung sein, nachdem die vorhandenen Geräte aus dem Support gefallen sind und einige schulspezifische Apps nicht mehr lauffähig oder so veraltet sind, dass ein Austausch notwendig wird. Durch die frühe und vorbildliche Ausstattung der Ebersbacher Schulen mit digitaler Technik gehören wir auch zu den ersten Kommunen, die Ersatzbeschaffungen in nennenswertem Umfang vornehmen müssen. Die erforderlichen Beträge werden derzeit ermittelt und über die Änderungsliste eingebracht. Fördergelder stehen nicht zur Verfügung. Ein weiteres Beispiel für Maßnahmen, die vom Land verordnet werden, ohne dass die Durchfinanzierung gesichert ist. Diese bleibt an den Kommunen hängen und führt zu einer weiteren Belastung deren Haushalte. Das Konnexitätsprinzip wird auch an dieser Stelle ausgehöhlt, die Leistungsfähigkeit der Kommunen untergraben und das Vertrauen in die staatlichen Strukturen weiter erschüttert. Im Resultat fehlt das Geld an anderer Stelle, auch und gerade bei den freiwilligen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit. Land und Bund sind aufgerufen, hier wieder zu fairen Spielregeln zurückzukehren und nicht die Kommunen mit der Finanzierung und Umsetzung nicht zu Ende gedachter Vorhaben alleine zu lassen.

Ebenfalls an den beiden großen Schulen haben vorbereitende Arbeiten für den Austausch der Heizungsanlagen begonnen. Die bereits vorgelegten Energieberichte haben den dringenden Erneuerungsbedarf in den kommunalen Liegenschaften aufgezeigt. Die ersten Anlagen sind bereits abgängig, so dass mit der Erneuerung im kommenden Jahr dringend begonnen werden muss. Dennoch werden beim Tausch regenerative Energien und die Vorschriften des EEG in den Blick genommen. Damit gehen wir weitere Schritte in Richtung der vom Gemeinderat 2019 beschlossenen Klimaneutralität der Stadtverwaltung bis zum Jahr 2040. Für die ersten Sanierungen 2025 sind 200.000 Euro vorgesehen. Ähnliche Beträge sind auch für die kommenden Jahre in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen.

Mit weiteren kleineren Maßnahmen belaufen sich die für Hochbaumaßnahmen eingestellten Mittel damit auf 2,3 Mio. Euro. Zu diesen addieren sich die auf Basis eines Gemeinderatsbeschlusses wieder im Haushalt vorgesehenen Investitionsmittel in Höhe von 200.000 Euro für den Ausbau der Photovoltaik auf städtischen Gebäuden und Liegenschaften. Mit weiteren 100.000 Euro wird die Notstromversorgung für die kritische Infrastruktur ausgebaut.

Oben war bereits vom Aufschub einiger Investitionen die Rede, die bereits früher wünschenswert gewesen wären. Das betrifft auch den Bürgerbus. Die Ersatzbeschaffungen erfolgen normalerweise nach acht Jahren. Der Eberbus wird bis zur Lieferung des Ersatzfahrzeugs knappe zehn Jahre Dienst getan haben. Die Bestellung

des neuen Fahrzeugs wird im kommenden Jahr 2025 erfolgen. Dafür sind 170.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Leider haben sich bislang die Hoffnungen auf die Markteinführung eines Elektrofahrzeuges in der passenden Größe nicht erfüllt. Noch prüfen wir, ob über alternative Antriebskonzepte weitere Fördermittel generiert werden können, um für das wichtige Mobilitätsangebot, insbesondere für die ältere Generation, ein zukunftsweisendes Fahrzeug zur Verfügung zu haben.

Das Kinderhaus II nähert sich der Fertigstellung. Geplant ist, zur Eröffnung mit drei neuen Gruppen zu starten. Der Stellenplan enthält den notwendigen Aufwuchs an Erzieherstellen, die für den Betrieb notwendig sind. Die Stellen werden zügig nach der Genehmigung des Haushaltsplanes ausgeschrieben werden. Auf die Beantragung weiterer Stellen im Stellenplan 2025 hat die Verwaltung verzichtet. Perspektivisch werden aber durch den weiteren Zuwachs an Gebäuden, durch die weiter zu forcierte Digitalisierung in der Verwaltung für das Projektmanagement für den gesetzlich vorgeschriebenen Ausbau der Grundschulbetreuung, weitere Stellenanteile notwendig werden.

Ein großer Ausgabeposten ist die Kreisumlage, die an den Landkreis Göppingen abgeführt werden muss. Diese macht zwischenzeitlich 20 Prozent, 11.058.829 Euro, der im Haushalt geplanten Aufwendungen aus. Um es bildlich zu sagen: Wir überweisen jedes Jahr mehr als ein komplettes Kinderhaus II an den Landkreis. Diese Belastungen machen es allen Kommunen schwer, ihre Haushalte entsprechend den gesetzlichen Vorgaben auszugleichen. Während auf Bundesebene Kreditermächtigungen beliebig umgeschichtet werden können und eine Aufhebung der Schuldenbremse diskutiert wird – für die Kommunen existieren solche Möglichkeiten nicht. Die Kreditermächtigungen sind fest an Projekte gebunden und das NKHR ist strenger als jede Schuldenbremse.

Trotz der hohen Belastungen und Investitionen konnte die städtische Verschuldung auch 2024 weiter zurückgefahren werden und wird Ende 2024 rund 5,2 Mio. Euro betragen, während es 2021 noch knapp 6,5 Mio. Euro waren. Die Kreditermächtigungen aus 2023 in Höhe von 7.962.400 Euro und die Kreditermächtigung aus 2024 in Höhe von 5.557.300 Euro stehen jeweils noch in voller Höhe zur Verfügung. Eine Inanspruchnahme dieser Kreditermächtigungen aus 2023 und 2024 ist aus heutiger Sicht nicht notwendig. Das aktuelle Haushaltsjahr wird deutlich besser als geplant abschließen. Damit können die laufenden Investitionen aus Eigenmitteln finanziert werden.

Im Vierjahreszeitraum der Investitionsplanung sind Kreditermächtigungen von insgesamt rund 25 Mio. Euro vorgesehen und ein hohes Investitionsvolumen geplant. Hier zeigt sich, dass bei den kommenden Haushaltsplanungen und auch in der Haushaltsstrukturkommission noch erhebliche Arbeit vor uns liegt, um die Ausgaben auf ein leistbares Maß zu reduzieren. Dabei muss aber meiner Meinung nach strikt darauf geachtet werden, dass der Hochwasserschutz priorisiert bleibt, auch wenn dies Handlungsspielräume an anderer Stelle einschränkt. Verwaltungsseitig wird der Sparkurs weiter fortgesetzt. Insbesondere das Instrument der Mittelfreigabe hat sich

bewährt und in den letzten beiden Jahren zu merklichen Minderausgaben geführt. Auch darauf sind die guten Ergebnisse der vergangenen Jahre zurückzuführen. Diese schaffen die Rücklagen, um die immer noch strukturell defizitären Ergebnishaushalte auszugleichen und weiter fortlaufend zu investieren.

Noch in diesem Jahr werden wir die neuen Hebesätze für die Grundsteuer zum Beschluss vorlegen. Dabei werden wir uns bei der Berechnung an die von der Landesregierung politisch zugesagte Aufkommensneutralität halten. Dabei gilt es aber zu beachten, dass sich aufkommensneutral nur auf die Gesamtsumme bezieht, die von der Kommune eingenommen wird. In Einzelfällen kann es zu erheblichen Verschiebungen nach oben und nach unten kommen. Auch wenn wir uns an die Aufkommensneutralität halten, muss hier die Einführung des Transparenzregisters durch das Land deutlich kritisiert werden. Die Festlegung der Hebesätze ist konstitutiver Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung und entzieht sich der Einflussnahme des Landes. Das politische Versprechen liegt zudem bereits einige Zeit zurück – Zeit, in der weitere Aufgaben auf die Kommunen übergangen und nicht nur die allgemeine Preissteigerung die finanziellen Spielräume weiter verknappt hat. Wir bedauern es sehr, dass das Land nicht zuerst ein Transparenzregister eingeführt hat, aus dem ersichtlich wird, welche Mehrkosten den Kommunen in den letzten Jahren von ihm auferlegt wurden.

Trotz aller Herausforderungen schlägt die Verwaltung keine Erhöhung der Gebühren für die Kindertagesstätten über die reguläre jährliche Erhöhung von 3 Prozent vor. Wir bleiben damit weit hinter der Empfehlung der Trägerverbände zurück. Diese empfehlen, für das Kindergartenjahr 2024/2025 eine Erhöhung der Elternbeiträge um 7,5 Prozent, für das Kindergartenjahr 2025/2026 eine Erhöhung um 7,3 Prozent umzusetzen. Mit dem Verzicht sinkt aber auch unsere ohnehin geringe Kostendeckungsquote weiter ab. Die Differenz muss aus den allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden.

Der vorgelegte Haushaltsplan sieht Investitionen in vielen Bereichen vor, so dass sich alle Bürgerinnen und Bürger im Planwerk wiederfinden können. Von Kindern über Jugendliche und Familien bis zu den Senioren, von der Spielplatzausstattung über iPads, Stadtgestaltung und Hochwasserschutz bis zum Eberbus, ist für jede Generation etwas dabei. Unsere Stadt ist gut ausgestattet und wird es bleiben, heute und in den kommenden Jahren. Der Haushaltsplan ist ausgewogen, weil er weitere Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger vermeidet.

Ein sehr herzlicher Dank geht auch in diesem Jahr wieder an Herrn Höhn und sein Team von der Stadtkämmerei. Ihnen ist es erneut gelungen, den Haushaltsentwurf in einem finanzwirtschaftlich schwierigen Umfeld rechtzeitig zur Beratung vorzulegen. Der Dank gilt auch allen weiteren Abteilungen und Fachbereichen für die termingetreue Zuarbeit und die Kooperation bei den Konsolidierungsrunden, um Ihnen einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorlegen zu können.

Dem Gemeinderat danke ich für die auch im vergangenen Jahr gute und konstruktive Zusammenarbeit und baue darauf, dass wir diese zum Wohle der Stadt auch beim Vollzug des nun im Entwurf vorliegenden Haushalts 2025 weiter pflegen werden.

50 Jahre Stadt feiern wir im nächsten Jahr. 50 Jahre des Auf- und Ausbaus, mit neuen Turnhallen, Bürgerhäusern und Kindergärten, dem Kauffmann Areal und einem neuen Rathaus. Nun gilt es, in die nächsten 50 Jahre zu starten. Starkregenrisikomanagement, Wärmeplanung und Stadtklimaanalyse legen den Grundstein für die Stadtentwicklung der Zukunft: aktiv und nachhaltig, generationengerecht und lebenswert. Die Fortschreibung des ISEK und die weitere Belebung des Leitbilds: „wohnen auf dem Land, Leben in der Stadt“ wird Ebersbach einen guten Weg durch den Strukturwandel, die klimatischen Herausforderungen und die demographischen Verschiebungen weisen. Die Grundlagen dafür sind gelegt, nun gilt es gemeinsam anzupacken für die nächsten Jahre – zum Wohle und für die Zukunft unserer Stadt Ebersbach an der Fils!